

Grußwort des Landrats Frithjof Kühn anlässlich der Veranstaltung

“20 Jahre Bonn/Berlin-Beschluss – Bonn und die Region:
Erfolgreicher Strukturwandel und Perspektiven”

am 20.06.2011 um 11.30 Uhr im Bonner Wasserwerk

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Namen des Rhein-Sieg-Kreises begrüße auch ich Sie herzlich hier im Bonner Wasserwerk, wo vor 20 Jahren Deutsche Geschichte geschrieben wurde.

Seit der deutschen Wiedervereinigung hat kaum eine Entscheidung Politiker und Bürger gleichermaßen so bewegt wie die über Berlin und Bonn. Grundlage war eben jene leidenschaftliche Debatte vom 20. Juni 1991, die im Ergebnis zum Umzug des Parlaments und Teilen der Regierung von Bonn nach Berlin geführt hat.

Helmut Herles, damaliger Chefredakteur des Generalanzeigers in Bonn, schrieb in seiner Dokumentation zum Berlin-Bonn-Gesetz später zutreffend:

“Wie sich Hauptstadt-Gesetz und Umzug auswirken, wird erst der weitere Verlauf der Geschichte zeigen. Dabei geht es nicht um einen Städtewettbewerb, sondern um die künftige Politik der Bundesrepublik Deutschland und ihren Charakter.”

Heute, 20 Jahre später, können wir eine Art “Bilanz” ziehen. Die Frage Berlin **oder** Bonn stellt sich dabei nicht. Das Bekenntnis der fairen dauerhaften Arbeitsteilung macht den Bonn/Berlin-Beschluss in unserer Demokratie zu einem salomonischen Kompromiss von historischer Bedeutung. Nach dem Berlin-Bonn-Gesetz hat Deutschland zwei politische Zentren: Berlin und Bonn.

Berlin ist Bundeshauptstadt. Bonn nimmt als Bundesstadt wichtige nationale und internationale Aufgaben wahr.

Wir betrachten dies als Chance und wünschen uns, dass diejenigen, die permanent den Restumzug fordern, darüber einmal nachdenken.

Die gesetzlich festgeschriebene Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn funktioniert. Zusammen mit den Ausgleichsleistungen für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler

hat sie die notwendige Planungssicherheit für den Strukturwandel in unserer Region gebracht.

Wir sind stolz auf das Erreichte, haben den vereinbarten Rahmen des Ausgleichs in eigener Verantwortung ausgefüllt.

Wir haben unseren Auftrag, unseren Teil des Bonn/Berlin-Beschlusses erfüllt!

Meine Damen und Herren, die Entschlossenheit der Menschen, den Strukturwandel in unserer Region anzupacken, basierte seinerzeit vor allem auf dem Vertrauen, dass eingehalten wurde, was zugesagt worden ist.

Politik muss berechenbar sein und verlässlich bleiben.

Es scheint aber dem Zeitgeist zu entsprechen, zurückliegende politische Entscheidungen und Gesetze in Frage zu stellen.

Es scheint populär, den Regierungssitz Bonn in Frage zu stellen.

Mit fatalen Auswirkungen auf unsere politische Tradition und unsere Werte:

Das Bekenntnis der fairen dauerhaften Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn war der ausdrückliche Wille des deutschen Bundestages, die Jahre nach 1949, die Jahre der Bonner Republik und damit der ersten gut funktionierenden Demokratie in Deutschland, mit der Verlagerung des Parlamentssitzes und Teilen der Regierung **gerade nicht** aus dem nationalen Gedächtnis zu löschen.

Diese Verantwortung wirkt nach, gegenüber dieser Region, den Menschen und übrigens auch gegenüber den historischen Stätten unserer Demokratie, zu denen ich ausdrücklich auch den Petersberg in Königswinter zähle.

Wir müssen daher weiter wachsam sein und auf die Einhaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes achten.

Es geht dabei nicht nur um Standortinteressen, um den Erhalt von Arbeitsplätzen, Kaufkraft und Wohlstand in der Region.

Es geht um mehr:

Wird die Bundesrepublik Deutschland weiterhin ein föderaler dezentraler Staat bleiben oder entwickeln wir uns mehr und mehr zu einem Zentralstaat, in dem alle wichtigen Einrichtungen – nicht nur die politischen - nach Berlin ziehen?

Die Frage, wie geht man mit uns, mit Bonn und der Region um, ist damit nicht nur für uns selbst, sondern für alle Länder und Kommunen, von Bedeutung.

Auch im europäischen Kontext stehen zentralistische Tendenzen einem "Europa der Regionen" eher entgegen. Doch gerade die europäische und internationale Rolle, die Bonn und auch die Region einnehmen, ist für unsere Bürgerinnen und Bürger identitätsstiftend.

Auch werden immer mehr national-politische Kompetenzen auf die europäische Ebene nach Brüssel verlagert. Es liegt daher im gesamtdeutschen Interesse, den Standort Bonn nicht leichtfertig aufzugeben.

Unsere Region hat in den vergangenen 20 Jahren an Profil gewonnen. Chancen der weiteren gemeinsamen Entwicklung sehe ich in den Bereichen "Internationales, Entwicklung/wirtschaftliche Zusammenarbeit, Umwelt und Nachhaltigkeit".

Mit dem Petersberg, der Vorbereitungsstätte für Entwicklungszusammenarbeit und unseren Hochschulen etwa bringt der Rhein-Sieg-Kreis eigene wertvolle Potentiale in das regionale Netzwerk ein, das weiter ausgebaut werden muss.

Für die Zukunft unserer Strukturpolitik brauchen wir jedoch Verlässlichkeit und Kontinuität. Dazu ist es notwendig, dass die Funktion, die der Bundesstadt Bonn mit dem Berlin-Bonn-Gesetz übertragen wurden, auch mit Leben gefüllt und die Politikbereiche weiter gefördert werden. Ich freue mich, dazu später noch die Meinung unserer versierten Podiumsteilnehmer zu hören und danke Ihnen und unserem Moderator Friedhelm Ost für ihre Unterstützung.

Mein abschließender Dank gilt all denjenigen, die sich in den vergangenen 20 Jahren für Bonn und die Region eingesetzt haben.

Ich kann nicht alle nennen, doch namentlich danken will ich meinem Vorgänger Dr. Franz Möller, der mit Vehemenz, Weitsicht und Leidenschaft die Belange unserer Region nicht nur im Deutschen Bundestag, sondern auch später bei der Ausgestaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes und den Ausgleichsverhandlungen vertreten hat.

"Die Verantwortung des Deutschen Bundestages gegenüber den Bürgern unserer Region endet nicht mit dem Berlin-Bonn-Gesetz", zitiere ich zum Schluss Franz Möller aus jener Debatte von 1991, und appelliere wie mein Vorgänger an alle, "dieser Verantwortung auch über den Tag des Beschlusses hinaus gerecht zu werden".

Ich danke Ihnen!